

Makroökonomischer Kommentar



Die europäische Ordnung auf dem Prüfstand

3. November 2023, Peter von Elten

Der brutale Terrorakt der Hamas gegen Israel hat eine weitere Schockwelle ausgelöst, die das Potential eines Flächenbrands im Mittleren Osten in sich trägt. Wie schon der russische Angriff auf die Ukraine spielt sich auch diese Krise vor der Haustür Europas ab und stellt den wirtschaftlich, kulturell und sprachlich stark fragmentierten Kontinent auf eine harte Probe. Auch dieser Krieg droht die Welt weiter in Blöcke zu spalten und die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme gegeneinander in Stellung zu bringen. Während der russische Überfall auf die Ukraine Europa anfänglich geeint und die Achse zu Amerika gefestigt hat, läuft Europa Gefahr, im Krieg zwischen der Hamas und Israel geopolitisch mit unterschiedlichen Stimmen gehört zu werden. Dies war bereits der Fall bei der kürzlichen Resolution der UN-Vollversammlung über eine sofortige Waffenruhe im Gaza-Streifen.

Institutionelle Schwächen innerhalb der EU lassen es derzeit kaum zu, schnell und mit Entschlossenheit zu agieren. Das Ausscheiden von Grossbritannien hat die Balance innerhalb der EU in Richtung Süden verschoben. Der deutsch-französische Motor als treibende Kraft stottert. In der Energiepolitik, in Rüstungsfragen und in der Finanzierung grosser Zukunftsausgaben gilt es, unterschiedliche Auffassungen zu einem tragfähigen Kompromiss zusammen zu bringen. Im Welthandel schlägt Deutschland aufgrund seiner Exportabhängigkeit traditionell globalisierungsfreundlichere Töne an, nicht zuletzt gegenüber China. Ungelöst bleibt auch das Thema der Migration, das inzwischen den Zusammenhalt innerhalb der EU gefährdet.

Auch mit Blick auf eine geplante Erweiterung der EU sind Reformen dringend geboten. Es ist daher zu begrüßen, dass die französische und die deutsche Regierung vor Monaten beschlossen haben, ein Reformpapier von einem Expertenteam ausarbeiten lassen, welches kürzlich veröffentlicht wurde. Beide Länder bezeichnen die EU in ihrer derzeitigen Verfassung als ineffektiv. Sie streben umfassende, institutionelle Veränderungen an, um auf Krisen schneller und effektiver reagieren zu können.

- **Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips:** Die meisten Empfehlungen würden heute dem Einstimmigkeitsprinzip unterliegen, dessen weitgehende Abschaffung zugunsten eines Mehrheitsrechts gefordert wird. Einige, vor allem kleinere Länder, waren bisher jedoch nicht bereit, ihr Vetorecht aufzugeben. Dies ist wohl der grösste Knackpunkt, ohne dessen Lösung die EU in wichtigen Zukunftsfragen praktisch reformunfähig bleibt. Eine geplante Erweiterung der EU wäre nicht zu verantworten, da neue Mitglieder die EU noch stärker lähmen könnten.
- **Erweiterung der EU:** Acht Staaten, hauptsächlich aus dem Westbalkan, haben von der EU den Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt bekommen. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ist der Druck auf die EU aus geopolitischer Sicht gewachsen, die Erweiterung voranzutreiben. Die Autoren des Reformpapiers empfehlen der EU, bis 2030 für die Aufnahme bereit zu sein.

- **Leitplanken zugunsten der finanziellen Stabilität im EU-Raum:** Bis Ende dieses Jahres sollten die seit Beginn der Pandemie ausgesetzten «Maastricht Kriterien» durch flexiblere und realitätsnähere Kriterien ersetzt werden. Statt der absoluten Neuverschuldung soll die individuelle Schuldentragfähigkeit der Länder eine grössere Rolle spielen. 6 EU-Länder weisen Schulden der öffentlichen Hand von über 100% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aus. Um eine erneute Schuldenkrise in der EU zu vermeiden, ist es vordringlich, sich auf neue Leitplanken zu verständigen. Sollte bis Ende des Jahres keine Einigung erreicht werden, würden automatisch die wenig effektiven und häufig unterlaufenen Maastricht Kriterien wieder gelten.

Weitere Empfehlungen beziehen sich auf die **Vollendung der Kapitalmarktunion**, die **gemeinsame Schuldenaufnahme** und die **Erhöhung des EU-Haushalts**. Die Kommission und das Parlament der EU haben bereits zusätzliche Mittel in Höhe von € 76 Milliarden für den Zeitraum von 2024 bis 2027 gefordert, um Ukraine-Hilfen, Flüchtlingsmanagement und Subventionsprogramme für den Cleantech-Sektor zu finanzieren. Auf dem gerade abgeschlossenen Herbstgipfel der EU-Regierungschefs konnte darüber keine Einigung erzielt werden.

Fazit

Europa braucht dringend ein verändertes Regelwerk, um Reformen durchsetzen und schneller auf Krisen reagieren zu können. Die Herausforderungen sind erkannt, sie zu meistern stellt eine Herkulesaufgabe dar.

Peter von Elten



Peter von Elten

Belvoir Capital AG, Makroberater

Herr von Elten verfügt über jahrzehntelange Erfahrung in der Bankenbranche. Seit 2008 ist er Mitglied des Beirats der BSZ AG, die 2014 die IFP AG übernommen hat und damit zur Belvoir Capital AG wurde. Bei JP Morgan machte er fast 30 Jahre lang eine internationale Karriere. Von 1995 bis 2003 kehrte er dann als General Manager der Schroder & Co Bank AG in die Schweiz zurück. Darüber hinaus ist die Leidenschaft von Herrn von Elten die Kunst; er ist Mitbegründer der Galerie Elten & Elten.

Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um Marketing-/Werbematerial. Diese Präsentation wurde von der BELVOIR CAPITAL AG verfasst und ist ausschliesslich für den Empfänger bestimmt. Sie ist vertraulich zu behandeln und darf ohne schriftliche Einwilligung weder ganz noch teilweise publiziert, reproduziert oder vervielfältigt werden.

Diese Publikation dient ausschliesslich zu Ihrer Information und stellt kein Angebot, keine Offerte oder Aufforderung zur Offertenstellung und/oder zum Kauf oder Verkauf von Anlageprodukten dar. Die in dieser Publikation enthaltenen Informationen und Meinungen stammen aus zuverlässigen Quellen. Dennoch lehnt die BELVOIR CAPITAL AG jede vertragliche oder stillschweigende Haftung für falsche oder unvollständige Informationen ab. Alle Informationen und Meinungen können sich jederzeit ohne Vorankündigung ändern.

KONTAKT

BELVOIR CAPITAL AG
Beethovenstrasse 9
CH-8002 Zürich
+41 (0) 44 206 30 40
info@belvoircapital.com

